

RATHAUSKORRESPONDENZ

Zweite Ausgabe

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

18

Wien, am 13. Jänner 1931.

Der städtische Rechnungsabschluss für 1929.

Der Wiener Stadtsenat erledigte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die restlichen Kapitel des Rechnungsabschlusses der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1929.

Zur Verhandlung gelangte zunächst die Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten. Darüber berichtete amtsführender Stadtrat Linder, dass das Erfordernis um 1'44 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag niedriger sei. Zum ersten Male enthalte der Rechnungsabschluss die Kosten für das Gewerbeförderungsinstitut der Stadt Wien und für die neugegründete Verwaltungsakademie.

G.R. Uebelhör wendet sich gegen die Gemeindegewache. Die Auslagen für diese ganz überflüssige Institution seien eine Verschwendung. In bezug auf die Kunstförderung durch die Gemeinde Wien wäre es überaus wünschenswert, sich nicht von Kleinigkeiten beeinflussen zu lassen, da es nur durch eine umfassende Kunstförderung möglich sei, den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Der Redner verweist auf die Notlage der Theater und regt in diesem Zusammenhang die Erhöhung der Post von 80.000 Schilling für die Förderung von Theater- und Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte an. Unerlässlich sei es auch, endlich einmal die Protokolle des Gemeinderates und Verzeichnisse über alle Personen zu veröffentlichen, die in dem Wiener Heimatverband aufgenommen worden seien.

Stadträtin Dr. Motzko nimmt ebenfalls gegen die Gemeindegewache Stellung. Die Gemeindegewache sei weder notwendig, noch fördere sie das Ansehen der Stadt Wien. Die Rednerin wünscht eine stärkere Heranziehung der Künstler, vor allem der Maler, zur Ausschmückung von geeigneten Wohnhausbauten mit Fresken. Zum Schlusse bemerkt St. Rätin Dr. Motzko, dass die Stadtbibliothek nicht auf der Höhe sei und es überaus wünschenswert wäre, vorkommende Mängel abzustellen.

Gr. R. Binder verlangt Aufklärung über die Steigerung der Post "Platzzinse"; im Voranschlag seien hierfür 400.000 Schilling veranschlagt gewesen, als Erfolg werden jedoch nicht weniger als 923.000 Schilling ausgewiesen.

G.R. Stöger bemängelt, dass in einer Feuerwache durch eine ungünstige Lage der Benzinräucher die Mannschaft gefährdet sei. Er beschäftigt sich dann mit dem Kinowesen, wobei er erklärt, dass die Verhältnisse auf diesem Gebiete in Wien unerträglich seien; es wäre höchste Zeit, hier endlich einmal Ordnung zu schaffen.

St. R. Linder erklärt in seinem Schlusswort unter anderem, dass von einer Gefährdung der Mannschaft auf einer Feuerwache durch die sogenannten Benzinräucher keine Rede sei. In bezug auf das Kinowesen stehe er auf dem Standpunkt, dass man die Bevölkerung nicht bevormunden dürfe. Sie möge die Filme ansehen, die ihr gefallen, und jene Filme meiden, die ihr nicht passen. Für alle Fälle sei es ganz falsch, gegen Filme zu hetzen und zu demonstrieren; die man gar nicht gesehen habe.

St. R. Kokrda berichtet über die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftswesen. Der Gesamtaufwand für das Schulwesen habe im Jahre 1929 über 82 Millionen Schilling betragen gegenüber 77 Millionen Schilling im Verwaltungsjahre 1928.

Vizebürgermeister Hoss erklärt, dass die Doppelkontrolle, die nun durch das Kontrollamt und den Rechnungshof ausgeübt werde, von grossem Vorteil sei. Durch die Kontrolle, die der Rechnungshof ausübe, werde das Kontrollamt veranlasst, mehr aus sich herauszugehen. Dann bespricht der Redner verschiedene Zweige der Provisionierung, insbesondere den Lagerhausbetrieb; in diesem Zusammenhang stellt Vizebürgermeister Hoss die Anfrage, ob die Gemeinde Wien wegen Ueberlassung des Lagerhauses mit den Bundesbahnen beziehungsweise mit Generaldirektor Dr. Strafella Verhandlungen geführt habe oder führe. Weiter verlangt er die Schaffung eines eigenen Referates für das Schulwesen in der Gemeindeverwaltung und die Vorlage eines ausführlichen Verzeichnisses über die Grundankäufe, die die Gemeinde in den letzten Jahren getätigt habe.

Die Anfrage beantwortet Bürgermeister Seitz dahin, dass kein Organ der Gemeindeverwaltung mit dem Generaldirektor der Bundesbahnen Dr. Strafella verhandelt habe. Andererseits sei bekannt, dass die Gemeinde Wien infolge der durch die Aenderung der Wirtschaftslage Oesterreichs bedingten Situation des Lagerhauses wiederholt mit der Regierung als auch mit den Interessentenorganisationen Verhandlungen geführt habe, um das Lagerhaus auf eine breitere Basis zu stellen. So seien schon Verhandlungen mit den Handelsministern Dr. Hainisch, Dr. Schuster und Heinl geführt worden. Inwieweit die Regierung in dieser Sache mit den Bundesbahnen verhandelt habe, entziehe sich unserer Kenntnis. In bezug auf die Schaffung eines eigenen Schulreferates erklärt der Bürgermeister, dass die derzeitige Schulgesetzgebung das Schulwesen als Staatssache behandle. Die Schulverwaltung werde in Wien durch den Stadtschulrat geführt; dieser habe mit dem Schulerhalter, in diesem Falle mit Land und Gemeinde Wien, lediglich über die Aufbringung der Kosten und Beistellung der für die Schule notwendigen Behelfe zu verhandeln. Die Beistellung eines Schulreferenten wäre auch vom Standpunkt der Verwaltungsökonomie bedenklich.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

Zweites Blatt.

Wien, am 13. Jänner 1931.

Den Ausführungen des Bürgermeisters hinsichtlich der gewünschten Bestellung eines Schulreferenten tritt St. Rätin Dr. Motzko entgegen, worauf nach dem Schlusswort des Referenten die Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen zur Verhandlung gelangt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet, dass im Verwaltungsjahre 1929 die Gaswerke um 4'34 Prozent mehr Gas verkauft haben als im Jahre 1928. Die Gaserzeugung sei gegenüber 1928 um 6'83 Prozent gestiegen. Die Gebarung schliesse mit einem Gewinn von rund 26.000 Schilling. Ebenso wie bei den Gaswerken sei auch bei den Elektrizitätswerken der Stromabsatz gestiegen. Im Jahre 1929 seien über 25.000 Licht- und rund 2.500 Kraftanlagen neu angeschlossen worden. Die Stromerzeugung sei um rund 6'6 Prozent gestiegen. Die Wiener Werke und die Ueberlandzentrale weisen zusammen einen bilanzmässigen Gebarungsabgang von rund 30 Millionen Schilling aus. Bei Berücksichtigung der gemäss dem Investitionsbegünstigungsgesetz durchgeführten vorzeitigen Abschreibung verbleibe immerhin ein tatsächlicher Gebarungsabgang von 14'5 Millionen Schilling. Bei den Strassenbahnen sei im Geschäftsjahr 1929 ein Rückgang der Frequenz um 3'5 Prozent festzustellen. Die Bilanz zeige einen Gebarungsabgang von 19 Millionen Schilling. Die Gebarung bei der städtischen Leichenbestattung schliesse mit einem Ueberschuss von rund 40.000 Schilling. Das Brauhaus habe einen Gebarungsüberschuss von mehr als 960.000 Schilling, die Gewista einen Gebarungsüberschuss von 105.000 Schilling.

G. R. Angermayer beschäftigt sich insbesondere mit der wirtschaftlichen Lage des Braunkohlenbergbaues Zillingdorf. Schon seit dem Jahre 1925 sei bei diesem Betrieb ein verschleiertes Defizit festzustellen.

G. R. Uebelhör erklärt, dass die Bilanzen der städtischen Unternehmungen nicht genug durchsichtig seien. Die Abschreibungen bei den Unternehmungen, wie zum Beispiel beim Gaswerk, werden in zu starkem Ausmasse vorgenommen, wodurch man zu falschen Erfolgsziffern gelange. Im Interesse des Gewerbes wäre es geboten, bei den Elektrizitätswerken das Installationsratengeschäft und den Verkauf von elektrischen Geräten gänzlich einzustellen. Wenn sich auch die finanzielle Lage der Strassenbahnen von Jahr zu Jahr verschlechtert, so sei es bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ganz ausgeschlossen, an eine Tarifierhöhung zu denken.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Positionen der Verwaltungsgruppen für allgemeine Verwaltung, für Ernährungs- und Wirtschaftswesen, für die städtischen Unternehmungen und die Bilanzen der städtischen Unternehmungen genehmigt. Der Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Bundeshauptstadt Wien im Jahre 1929, die Aeusserungen der Beauftragten und des Direktors des Kontrollamtes zu diesem Bericht und der Bericht des Kontrollamtes über die wichtigeren Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1929 werden zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Beratung des Rechnungsabschlusses für 1929 im Stadtsonat und Finanzausschuss abgeschlossen. Er wird nunmehr dem Gemeinderat vorgelegt, der die Beratung am kommenden Freitag aufnimmt. Die Gemeinderatssitzung beginnt um 17 Uhr.